A2NEU4 Zeit für einen Klimakanzler!

Antragsteller*in: KV Südthüringen
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

Warum wir für Klimagerechtigkeit kämpfen

Stürme, Dürren, Brände: Laut Weltwetterorganisation tritt Extremwetter heute vier bis fünfmal häufiger auf als noch in den 1970er-Jahren. Bei der Flutkatastrophe im vergangenen Juli kamen in Deutschland knapp 200 Menschen ums Leben, das Hochwasser verursachte Schäden in Milliardenhöhe. - Der menschengemachte Klimawandel und seine Auswirkungen gehören längst zu unserem Alltag.

Deshalb haben sich 2015 194 Staaten und die Europäische Union mit dem Pariser Abkommen auf einen Neustart in der internationalen Klimapolitik geeinigt und streben an, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg bei 1,5 Grad zu stoppen. Dennoch warnt der Weltklimarat (IPCC): Bereits 2030 könnte sich der Planet im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad erwärmt haben – deutlich schneller also, als man bisher angenommen hatte!

Die Klimakrise ist für uns eine Gerechtigkeitskrise: Während die Industriestaaten maßgeblich zur Erderwärmung beigetragen haben und dies immer noch tun, sind die Hauptbetroffenen die Menschen des globalen Südens.

Klimaschutz ist für uns zuallererst ein gewaltiges Industrieprojekt. Wir wehren uns dagegen, die Verantwortung für den Klimaschutz auf Einzelpersonen abzuwälzen. Wenn Menschen ihr Verhalten klimabewusst ändern, beispielsweise ihren Fleischkonsum reduzieren oder vom Auto auf die Bahn umsteigen, ist das zwar ein wichtiger Beitrag.

Außerdem wollen wir nachfolgende Generationen für die Schaffung gerechter sozialer Verhältnisse, einen nachhaltigen Umgang mit der Natur und nachhaltiges Wirtschaften sensibilisieren. Denn ein Wandel hin zu nachhaltiger Entwicklung ist keine individuelle, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, bei der wir die Kommunen als Träger:innen der Bildungseinrichtungen gewinnen wollen, die Bildung

für nachhaltige Entwicklung (BNE) ausweiten und begreifen z.B. Schulen, Volkshochschulen, Universitäten, Bündnisse oder Kirchen als Orte, an denen Nachhaltigkeit gelebt und vermittelt werden kann.

Gleichzeitig wissen wir, dass die Klimakrise nur bewältigt werden kann, wenn wir unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen. Wir stehen vor einer neuen industriellen Revolution, die fossile Wirtschaftsstrukturen überwinden und gute Arbeit in einer dekarbonisierten Wirtschaft ermöglichen muss.

Wie eine verfehlte Politik Arbeitsplätze vernichten kann, hat Deutschland in der Solarindustrie erlebt. Die rot-grüne Bundesregierung sorgte Anfang der 2000er dafür, dass Deutschland zum Weltmarktführer aufstieg. Dank Schwarz-Gelb gingen später in der deutschen Solarbranche viermal mehr Jobs verloren, als heute noch Menschen in der Braunkohleindustrie beschäftigt sind. Wir kämpfen deshalb für eine Politik, die gute Arbeit und konsequenten Klimaschutz nicht als Gegensätze versteht. Vielmehr sehen wir eine gescheiterte Klimapolitik als große Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Unsere Klimapolitik orientiert sich am global noch verfügbaren CO_2-Budget. Dieses bezeichnet die CO_2-Emissionen, die von der Menschheit noch verursacht werden dürfen, um eine globale Erwärmung von 1,5 Grad nicht zu überschreiten. Die Verteilung dieses Budgets auf einzelne Staaten, insbesondere auch mit Blick auf die historisch hohen Emissionen der Industriestaaten, ist eine politisch hoch umstrittene Frage und kann nicht alleiniger Maßstab für klimapolitisches Handeln sein. Verteilt man die global noch verfügbaren Restemissionen pro Kopf ergäbe sich daraus ab Anfang 2020 für Deutschland noch ein Budget von 4,2 Gigatonnen CO_2. Dieses Budget erkennen wir als transparentesten Gerechtigkeitsmaßstab an und streben an, dieses nationale Budget nicht zu überschreiten.

Mit Blick auf die vielen offenen Fragen hinsichtlich des nationalen Budgetansatzes sieht das Pariser Abkommen explizit eine Abweichung davon vor und enthält in seinem Kern die Möglichkeit, Klimaschutzmaßnahmen in anderen Staaten zu finanzieren und so die maximale ökonomische Effizienz bei der Emissionsvermeidung zu erreichen. Diesem Mechanismus schließen wir uns an, möchten aber betonen, dass wir Länder des globalen Südens bei klimafreundlichen Industrialisierungsbestrebungen unterstützen wollen. Klar ist aber auch: Regelungen zur globalen Emissionsvermeidung dürfen nicht zur Ausrede für die Industriestaaten für heimisches Nicht-Handeln verkommen. Mit Blick auf die besonders hohe Klimaschuld Deutschlands, als historisch viertgrößter Emittent von Treibhausgasen, und seine besonderen Bedingungen als reicher Staat, streben wir deshalb die Klimaneutralität der Bundesrepublik bis 2035 an.

Was wir wollen

1. Sozialwende

Als Sozialdemokrat:innen sehen wir den Klimaschutz als Chance - Kluge Klimapolitik sichert und schafft Jobs, höhere Löhne sowie gute Arbeitsbedingungen. Dafür braucht es jetzt mutige Entscheidungen. Die 2020er Jahre müssen ein Investitionsjahrzehnt werden: Mit Investitionen in klimaneutrale Industrieanlagen, Energieversorgung, Mobilität, Gebäudesanierung und Wasserstoffinfrastruktur entstehen hunderttausende neue Arbeits- und Ausbildungsplätze im ganzen Land.

Gleichzeitig stehen die Beschäftigten z.B. im Kohlebergbau, der Automobilherstellung oder der Stahl- und Elektroindustrie vor großen strukturwandelbedingten Herausforderungen. Wir wollen dabei niemanden allein lassen, sondern die Aufgaben als Gesellschaft solidarisch schultern. Beschäftigte in diesen Industrien sollen weiterhin von sicheren Jobs profitieren und ihren Lebensstandard halten und verbessern können. Deswegen fordern wir ein Recht auf Weiterbildung verknüpft mit einer Einkommensgarantie – ein erster Schritt in diese Richtung ist das Transformationskurzarbeiter:innengeld.

Seit Anfang 20221 gibt es in Deutschland einen nationalen CO_2-Preis auf fossile Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich. Zunächst mit 25 Euro pro Tonne CO_2 startend, soll dieser Preis schrittweise erhöht werden und 2025 55 Euro pro Tonne erreichen. In der Zeit danach soll die Bepreisung mit einem Emissionshandel und festen Preiskorridoren erfolgen.

Die CO_2-Bepreisung halten wir für ein wichtiges und effektives Instrument, um einen Anreiz für klimafreundliche Technologien zu setzen und Treibhausgasemissionen zu senken. Sie kann aber auch Ungerechtigkeiten verschärfen, weil sie insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen belastet. Das wollen wir ändern und den CO_2-Preis zu einem echten Umverteilungsinstrument machen!

Damit er eine stärkere Steuerungswirkung entfaltet, muss der CO_2-Preis bereits ab dem 1. Januar 2023 auf mindestens 60 Euro pro Tonne erhöht werden und möglichst schnell einen Wert von 195 Euro erreichen – denn so hoch liegen laut Schätzung des Umweltbundesamtes die langfristigen Folgekosten einer Tonne CO_2. Perspektivisch stellen wir uns eine Einbindung in einen europäischen Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr vor, den die Europäische Kommission im Sommer vorgeschlagen hat.

Diese Erhöhungen müssen aber sozial abgefedert werden und dürfen nicht ihre Lenkungswirkung verfehlen: So wollen wir aus den Einnahmen des CO2-Preises die EEG-Umlage vollständig abschaffen und die Stromsteuer und die Umsatzsteuer deutlich senken, damit strombasierte Technologien wie die Elektromobilität oder Wärmepumpen („Sektorenkopplung“) attraktiver werden. Ergänzend soll ein

Klimawohngeld dafür sorgen, dass sich Wohngeldempfänger:innen auch neue oder sanierte Wohnungen leisten können und investitionsbedingte Mieterhöhungen nicht zu sozialen Verwerfungen führen. Außerdem müssen die Mehrkosten durch den CO_2-Preis beim Heizen vollständig von den Vermieter:innen getragen werden – denn nur sie können eine umweltfreundliche Heizungsanlage einbauen!

Die Entfernungspauschale wollen wir in ein Mobilitätsgeld umwandeln. Die geltende Pauschale von 30 Cent pro Kilometer Entfernung zum Arbeitsplatz reduziert das zu versteuernde Einkommen - wer viel verdient, profitiert mehr. Das Mobilitätsgeld von 10 Cent pro Entfernungskilometer soll hingegen direkt von der

Steuerlast abgezogen werden. Der finanzielle Vorteil für Besserverdienende würde damit zugunsten der Geringverdienenden aufgehoben.

Darüber hinaus wollen wir die verbleibenden Einnahmen aus dem CO_2-Preis mit einer Pro-Kopf-Klimaprämie an die Bürger:innen zurückerstatten und so einen kurzfristigen Umverteilungseffekt erzielen. Denn es sind vor allem Wohlhabende, die am meisten zur Klimakrise beitragen!

2. Energiewende

Die Grundlage für das Erreichen von Klimaneutralität ist eine vollständig erneuerbare Energieversorgung. Der gesamte Energiebedarf der Energiewirtschaft, des Verkehrs, der Gebäudeheizung und der Industrie muss durch einen Mix aus 100% regenerativer Energie gedeckt werden. Diese Umstellung verändert das Energiesystem grundlegend: Weg von einem fossilen, zentralen und starren, hin zu einem erneuerbaren, dezentralen und flexiblen Energiesystem.

Für uns ist die Energiewende deshalb nicht einfach nur eine klimapolitische Notwendigkeit oder ein technisches Konzept, sondern auch eine grundlegende sozialdemokratische Idee: Die Erzeugung und der Transport von Energie gehören nicht in die Hände großer Konzerne, sondern müssen dem Gemeinwohl dienen. Unsere Energiewende geschieht von Bürger*innenhand!

Deutschland steht heute gut da: 17% des Primärenergiebedarfs werden bereits aus Erneuerbaren Energien gedeckt, beim Strom sind es sogar 46%. Jetzt braucht es neue Impulse, um die bisher reine Stromwende zu einer echten Energiewende zu machen und auch in den Bereichen Verkehr, Wärme und Industrie den Erneuerbaren zügig zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür ist ein neues System der Steuern und Abgaben am Energiemarkt notwendig, ebenso wie ein klarer Fahrplan für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur, der eine vollständig erneuerbare Energieversorgung bis 2035 ermöglicht.

Die Umstellung auf ein vollständig erneuerbares Energiesystem birgt die Notwendigkeit, aber auch die Chance, den Primärenergiebedarf massiv zu senken und aus heimischen Quellen zu decken. 2020 wurden noch knapp 3250 TWh an Energie für die Bereiche Strom, Gebäudeheizung, Mobilität und Industrie verbraucht, wovon knapp 70% importiert wurden. Ein vollständig erneuerbares Energiesystem kommt, einer kürzlich erschienen Studie des DIW zufolge, hingegen mit gut 1200 TWh aus. Das gelingt durch den Ausstieg aus ineffizienten Verbrennungsprozessen mit fossilen Energieträgern und den Einstieg in die direkte Nutzung von erneuerbar erzeugtem Strom in Form von Power-To-X-Technologien im Rahmen der Sektorenkopplung, die zu erheblichen Effizienzgewinnen führen. Gleichzeitig sind wir aber überzeugt, dass es auch tatsächliche Effizienzgewinne durch eine Umstellung unseres Wirtschaftssystems auf eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft dringend braucht.

Während der Primärenergiebedarf deutlich sinkt, wird der Strombedarf durch die Sektorenkopplung in den nächsten Jahren z.B. durch Wärmepumpen, Elektromobilität oder Wasserstoff massiv ansteigen. Angelehnt an die aktuelle Studienlage und um einen zusätzlichen Puffer für eine schneller Dekarbonisierung zu schaffen, gehen wir von einem Anstieg des Strombedarfs auf mehr als 700 TWh bis 2030 und über 1200 TWh beim Erreichen einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung im Jahr 2035 aus. An diesen Zielen muss sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien orientieren und bis 2030 zu mindestens 80% und bis spätestens 2035 zu 100% den Strombedarf

decken. Um die Ziele tatsächlich zu erreichen, muss das jährliche Energiewende-Monitoring der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit allen großen Instituten des Landes eine ständig angepasste Prognose über den künftigen Primärenergie- und Strombedarf enthalten, um auf aktuelle Entwicklungen unmittelbar reagieren zu können.

Um unseren Energiebedarf in allen Sektoren künftig erneuerbar decken zu

können, ist braucht der Ausbau der Erneuerbaren Energien im wahrsten Sinne des Wortes mehr Power. Wir streben dafür einen Energiemix aus Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie sowie die Koppelung an eine Power-To-X-Wirtschaft an.

Doch: Mit den unübersichtlichen Regeln des aktuellen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und einem Wirrwarr aus Ausschreibungen, Direktvermarktungen, Stromkaufvereinbarungen (sogenannte Power-Purchase Agreements oder PPAs) und Förderungen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren nicht schnell genug vorantreiben können. Deshalb streben wir eine Rückkehr zu den Anfängen des EEG und feste staatliche Einspeisevergütungen an Stelle von Ausschreibungen an. Das macht es für Bürger*innen und Genossenschaften wieder einfacher und attraktiver, selbst die Erneuerbaren auszubauen, statt die Energiewende großen Konzernen zu

überlassen. Waren die hohen Fördersummen für die Einspeisevergütung der Erneuerbaren Energien Anfang des Jahrtausends noch ein echter Preistreiber, sind die Erneuerbaren heute die günstigste Form der Energieerzeugung, sodass sie mit sehr geringen oder sogar ganz ohne Fördersummen auskommen.

Wir wollen mit der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der nötigen Flächenausweisung und der Direktförderung den Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich beschleunigen und jährliche Mindestausbauziele statt Höchstgrenzen festlegen. Bei Zielverfehlung steigen die Einspeisevergütungen, bei Zielerreichung sinken sie – so erreichen wir den nötigen Ausbau sicher und zu ökonomisch opportunen Kosten.

Konkret erachten wir einen Ausbau der installierten Photovoltaik-Leistung auf mindestens 150 GW, der On-Shore Windenergie auf mindestens 100 GW und der Off-Shore Windenergie auf 25 GW bis 2030 für nötig, um unser Ziel einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 zu erreichen.

Um das zu erreichen, wollen wir im Bereich der On-Shore Windenergie deutlich mehr Flächen bereitstellen - und zwar durchschnittlich 2% der Landes- und Gemeindeflächen. Genehmigungsverfahren müssen verkürzt und vereinfacht werden, Instrumente zur Vorplanung in Windvorranggebieten stärker genutzt und artenschutzrechtliche Vorgaben bundesweit vereinfacht werden: Die Genehmigung eines Windparks darf in Zukunft nicht mehr sechs Jahre dauern, sondern muss in 6 Monaten gelingen!

Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen in den Standortgemeinden zu stärken, wollen wir Teilhabe der Bürger:innen sowohl finanziell wie auch im Prozess ausweiten und dafür sorgen, dass im Sinne einer echten Bürger:innen-Energiewende vor allem die Kommunen profitieren.

Windenergieanlagen auf dem Meer haben große Vorteile, denn sie liefern verlässlich und nahezu über das gesamte Jahr Strom. Mittlerweile kann Strom aus Offshore-Anlagen ohne EEG-Förderung erzeugt werden und ist ideal für die Herstellung von grünem Wasserstoff. Zwar sind bis 2030 20 Gigawatt Leistung geplant, ein Großteil allerdings erst Ende des Jahrzehnts. Das ist zu langsam. Im selben Zeitraum müssen 25 Gigawatt erreicht werden. Um das zu schaffen, braucht es ausreichend Raum für Offshore-Windparks. Die Netzanbindung muss sichergestellt, die Flächenentwicklungspläne für Nord- und Ostsee unverzüglich angepasst werden: Wir schlagen vor, Konflikte in der Nutzung mit anderen Akteur:innen und zuständigen Verbänden zu lösen, also Vertreter:innen aus Schifffahrt, Militär, Fischerei und Naturschutz in die Planungen einzubeziehen. Außerdem soll Deutschland zügig in Verhandlungen mit Dänemark und den Niederlanden zur Umsetzung gemeinsamer Offshore-Projekte einsteigen.

Solarenergie ist eine zentrale Säule der Energiewende. Auch hier braucht es

deutlich mehr Tempo: Ende 2020 waren etwa 54 Gigawatt Photovoltaik in Deutschland installiert, bis 2030 ist mindestens eine Verdreifachung notwendig. Grundsätzlich gilt: Versiegelte Flächen vor! Wir wollen deshalb eine Solarpflicht für Neubauten sowie Dachsanierungen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden inklusive Parkplätzen einführen. Innovative Formen wie Fassaden-, Lärmschutzwall- und Agrarphotovoltaik wollen wir durch separate Einspeisetarife fördern. Über die Standorte von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen die Kommunen künftig allein entscheiden und von den Ländern fachliche Unterstützung bei der Ausweisung erhalten.

Das Ziel einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung bis 2035 bedeutet auch: Ein Kohleausstieg bis 2038 ist zu spät. Deutschland muss bis 2030 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Wahrheit gehört: Durch den starken Anstieg des CO_2-Preises im europäischen Emissionshandel und verbunden mit einem künftig schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien wird der Betrieb von Kohlekraftwerken für die Kraftwerksbetreiber:innen bereits bis 2030 nicht mehr wirtschaftlich darstellbar sein. Der Markt ist hier schneller als die Politik.

Gerade als Sozialdemokrat:innen müssen wir ehrlich mit den Anwohner:innen von Kohleregionen wie der Lausitz und den Beschäftigten umgehen: Die von der Bundesregierung beschlossenen Strukturwandelhilfen müssen schneller eingesetzt, gegebenenfalls erhöht und in Verkehrsinfrastruktur, den Aufbau neuer Industrien und Arbeitsplätze investiert werden. Halten wir an den politisch vereinbarten Zielmarken fest, wird der Strukturwandel scheitern!

Gleichzeitig gilt aber auch: Einen politisch auf 2030 festgesetzten Kohleausstieg lehnen wir ab, da daraus die Notwendigkeit zusätzlicher Entschädigungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber:innen als Konsequenz aus der Energy Charta Treaty resultiert. Statt großen Unternehmen ihre in fragwürdigen Investitionsschutzabkommen zugesicherten Entschädigungen zu erhöhen, wollen wir lieber in den Strukturwandel und den Ausbau der Erneuerbaren investieren und so bereits bis 2030 für vitale und klimaneutrale Kohleregionen sorgen.

Am Atomausstieg halten wir fest.

Ohne Netzausbau geht gar nichts. Doch dieser kommt aktuell nur schleppend voran. Schwerfällige Planungsverfahren und rechtliche Hürden führen sogar dazu, dass fossil betriebene Kraftwerke als “staatliche Reserve” länger als nötig in Betrieb bleiben. Um gegenzusteuern, müssen Übertragungsnetze so geplant und gebaut werden, dass sie insbesondere den zusätzlichen Strom aus Offshore-Windparks zuverlässig transportieren können.

Um die Netzauslastung zu optimieren und Strom für die Herstellung von grünem Wasserstoff, das Aufladen von Elektroautos und den Betrieb von Wärmepumpen flexibler und angepasst an die aktuelle Stromerzeugung aus Erneuerbaren zu

verbrauchen („Spitzenglättung“), wollen wir den flächendeckenden Einbau intelligenter Stromzähler („Smart Meter“) nicht erst bis 2032, sondern bereits bis 2025 erreichen.

Einzelne Erneuerbare Energien sind nicht 24/7 gleichbleibend verfügbar: Sie sind “Teamplayer:innen”, ergänzen sich und machen fossile Energieträger überflüssig – solange für ausreichend Speicher gesorgt wird. Power-to-X bezeichnet verschiedene Technologien zur Umwandlung und Speicherung von Stromüberschüssen, wenn zum Beispiel die Sonne im Breisgau mal wieder tagelang scheint oder an der Nordseeküste eine steife Brise weht. Diese Überschüsse können bei Bedarf abgerufen werden, beispielsweise an bewölkten und windstillen Tagen. In Forschung und Entwicklung von Power-to-X-Anlagen fließen bereits heute hohe Fördersummen aus Deutschland und Europa, aber ihr Betrieb ist dennoch häufig zu teuer. Damit diese Speicher reifen und billiger werden, müssen sie jetzt im großen Stil eingesetzt werden. Deshalb wollen wir nicht nur die Forschung, sondern auch den Betrieb solcher Anlagen staatlich fördern und streben an, gespeicherten Strom von allen Abgaben und Umlagen zu befreien. Denn die Speicherung von Energie ist eine notwendige Systemdienstleistung!

Darüber hinaus wollen wir die Versorgungssicherheit über die Spitzenglättung, den Ausbau zusätzlicher zentraler Batteriespeicher und den Ausbau von Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung unter dem Einsatz erneuerbarer Gase sicherstellen und finanziell stärker honorieren als bisher.

Bei allen diesen Umstellungen wollen wir zurück zu unseren Wurzeln: Einer Energiewende die aufs Konto der Bürger:innen einzahlt und ihnen mehr Mitbestimmung eröffnet. Landauf, landab gibt es bereits vorbildliche Projekte von Engagierten, die die Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen. Wir möchten Ansätze wie Bürger:innenwerke, Energiegenossenschaften und Mieter:innenstrommodelle fördern. Ihre Rahmenbedingungen sollen verbessert, ihre Gründung vereinfacht werden - beispielsweise durch Unterstützung von Stadtwerken. Unser Ziel lautet, die Energiewende so dezentral wie möglich zu organisieren und nicht nur zur größten klimapolitischen Umstellung, sondern auch zur größten Umverteilungsaktion in diesem Land zu machen!

3. Wärmewende

Die Wärmeversorgung ist der hidden champion beim Klimaschutz: So ist die Wärmeversorgung für 40% des Endenergiebedarfs und ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch gerade in diesem Bereich sind mit Blick auf die langen Investitionszyklen nur relativ langsame Umstellungen möglich, sodass der Gebäudesektor 2020 sein im Bundes-Klimaschutzgesetz festgelegtes Emissionsziel verfehlte! Umso schlimmer: Obwohl er gesetzlich zu einem Sofortprogramm zur Zielerreichung ab dem nächsten Jahr verpflichtet ist, hat Horst Seehofer als zuständiger Minister bis heute kein ausreichendes

Sofortprogramm vorgelegt. Das zeigt einmal mehr: Die Union verspielt unsere Zukunft!

Um den Gebäudebestand bis 2035 klimaneutral zu gestalten, muss die geplante Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sofort erfolgen und die energetische Gebäudesanierung und den Einsatz erneuerbarer Heizenergien beschleunigen.

Das GEG wollen wir dahingehend anpassen, dass ab 2023 im Neubau der Einsatz von fossilen Öl- und Gasheizungen nicht mehr möglich ist und die Gebäude den KfW-40-Effizienzstandard erfüllen. Das ist bereits heute für einen Großteil der Neubauten der Fall und technisch kein Problem.

Doch auch im Gebäudebestand haben fossile Heizsystem keine Zukunft, sodass es auch hier ab 2024 keinen Einbau neuer Öl- und Gasheizungen mehr geben darf. Das ist eine große Herausforderung, denn nicht mal 20% des Gebäudebestands entsprechen den aktuellen energetischen Sanierungsstandards. Mit der kostenlosen Erstellung verpflichtender Sanierungsfahrpläne zeigen wir für jedes Gebäude den Weg zur Klimaneutralität auf. Für die Förderung von energetischer Gebäudesanierung und erneuerbarer Wärme in Gebäuden möchten wir deshalb die “Bundesförderung effiziente Gebäude” auf 12 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. Klimaschonende Alternativen wie Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets bringen wir damit schneller in die Wohnungen und Häuser.

Für Haushalte mit niedrigen Einkommen wollen wir darüber hinaus eine erhöhte Förderung für den Austausch von Öl- und Gasheizungen ansetzen. Außerdem möchten wir die Heizkostenverordnung so verändern, dass die CO_2-Preis-bedingten Mehrkosten fürs Heizen nicht mehr auf Mieter:innen umgelegt werden dürfen. Denn nur die Vermieter:innen können die Heizungsanlage eines Gebäudes austauschen und damit den CO2-Ausstoß je verbrauchter Kilowattstunde beeinflussen! Sozialer Kälte – im wahrsten Sinne des Wortes – erteilen wir eine klare Absage.

Fern- und Nahwärme aus klimaschonenden Energieträgern hat großes Potenzial, um ganze Quartiere zu versorgen und die Wärmeversorgung von einer privaten zu einer öffentlichen Aufgabe zu machen. Die Länder sollen deshalb schrittweise zur Durchführung kommunaler Wärmeplanungen für alle Gemeinden, beginnend bei den bevölkerungsstärksten, verpflichtet werden. Hierdurch können Fern- und Nahwärmenetze deutlich besser geplant werden. Durch den verstärkten Einsatz von Großwärmepumpen, Solar- und Geothermie, industrieller Abwärme und grünem Wasserstoff wollen wir den Anteil klimafreundlich erzeugter Wärme bis 2030 mindestens verdoppeln.

4. Verkehrswende

“Autogerecht” sollten sie sein: Mitte des 20. Jahrhunderts orientierte sich die Stadtplanung vor allem am motorisierten Individualverkehr. Das hatte gute Gründe - passt aber nicht mehr in unsere Lebensrealität. Die Mobilität der Zukunft muss klimaschonend gedacht werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dafür soll ein neues Bundesmobilitätsgesetz sorgen - dieses beinhaltet Ziele für mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität in Städten und Dörfern.

Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist ein wichtiges Planungsinstrument für Schiene, Straße und Wasserwege. Bislang folgt er der Logik, dort auszubauen, wo Engpässe zu vermuten sind. Das ist jedoch nicht zeitgemäß - im BVWP 2030 sind zahlreiche Aus- und sogar Neubauprojekte von Bundesfernstraßen enthalten und ignoriert das sogenannte Verkehrsparadoxon: Wo bessere Infrastruktur bereitsteht, entwickelt sich mehr Verkehr. Klimaneutralität lässt sich so nicht erreichen. Wir fordern deshalb einen “Klimacheck” für den Bundesverkehrswegeplan: Sämtliche im BVWP gelisteten Projekte sollen darauf untersucht werden, ob sie klimaschonenden Verkehr fördern. Danach werden sie neu priorisiert oder aus den Bedarfsplänen gestrichen.

Ab dem Jahr 2030 wollen wir keine Fahrzeuge mit fossilem Verbrennungsmotor mehr zulassen – eine großer Herausforderung für das Automobilland Deutschland. Dennoch ist das der richtige Schritt: Zum einen wird der klassische Verbrenner schon bald international nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Wer sich an diese Technologie von gestern klammert, riskiert, dass Deutschland seine führende Rolle in der Autoindustrie verliert. Zum anderen sind fossile Verbrenner mit der Maßgabe Klimaneutralität bis 2035 nicht vereinbar. Automobilunternehmen, Zulieferbetriebe und vor allem die dort Beschäftigten sollen diesen Prozess mitgestalten. Wir wollen diese Gruppen bereits 2022 mit Vertreter:innen aus Politik und Umweltverbänden an einen Tisch bringen. Nach dem Vorbild der “Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung” (kurz: Kohlekommission) sollen sie gemeinsam Vorschläge für einen sozialverträglichen Verbrennerausstieg erarbeiten.

Im Individualverkehr erweist sich E-Mobilität als effizient. Bis 2025 sollen mindestens 5 Millionen, bis 2030 mindestens 15 Millionen batterieelektrische PKW auf den Straßen unterwegs sein. Die Kfz-Steuer wollen wir so umbauen, dass sich der Kauf eines E-Autos gegenüber dem eines Verbrennerfahrzeugs auch dauerhaft und spürbar finanziell lohnt. Kaufprämien wollen wir dagegen auslaufen lassen, da sie vor allem eine Subvention für Gutverdienende sind. Die Förderung von Plug-In-Hybriden muss bereits im nächsten Jahr auslaufen; die Förderung vollelektrischer Fahrzeuge in einem angemessenen zeitlichen Abstand zum Verbrenner-Aus. Mit den freiwerdenden Mitteln wollen wir stattdessen den ÖPNV stärken und in einen Ausbau der Ladeinfrastruktur investieren. Mit einem neuen Masterplan Ladeinfrastruktur wollen wir den Aufbau von genügend Lademöglichkeiten beschleunigen und insbesondere strukturell-unterversorgt Gruppen, wie die Menschen im ländlichen Raum, Mieter:innen und

Berufspendler:innen am Arbeitsplatz in den Fokus rücken.

Eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur sorgt nicht nur für eine schnellere Verkehrswende, sondern trägt auch zur Stabilität eines zukünftigen Energiesystems bei: Unter dem Stichwort der Sektorenkopplung – also der Vernetzung aller Bereiche des Energiesystem – wollen wir das volle Potenzial der E-Mobilität nutzen und batterieelektrische Fahrzeuge in einem digitalisierten Stromnetz zur Zwischenspeicherung von überschüssigem Strom oder zur Netzstabilisierung („Demand Side Management“/ „Spitzenglättung“) einsetzen.

Grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollten mit Blick auf deren Energieeffizienz dagegen mit Bedacht eingesetzt werden und dem Langstrecken- und Schwerlastverkehr sowie Flugzeugen und Schiffen vorbehalten bleiben. Die Zukunft ist elektrisch!

Das eigene Auto ist auf Pendelstrecken, für die Arbeit und viele andere Situationen wichtig, gerade im ländlichen Raum. Um die Verkehrswende zu schaffen, wollen wir das Privatfahrzeug wie auch Kurzstreckenflüge Schritt für Schritt überflüssig machen. Car-, Bike- und sonstige Sharing-Angebote wollen wir ausweiten. Gerade im ländlichen und vorstädtischen Raum sollen die Kommunen, Landkreise und Stadtwerke dafür zusammen Konzepte entwickeln.

Wir fordern eine Schienenoffensive, die Deutschlands Bahninfrastruktur ins 21. Jahrhundert holt und Verspätungen und Störungen der Vergangenheit angehören lässt. Zwar wurden die Bundes-Investitionen in den letzten Jahren deutlich angehoben, im europäischen Vergleich hinkt Deutschland dennoch hinterher: 2020 steckte Deutschland 88 Euro pro Bürger:in ins Schienennetz - Norwegen 228, die Schweiz 440, Luxemburg gar 567 Euro. Deutschland darf den Anschluss nicht verlieren und muss bei den Investitionssummen nachziehen.

Der Schienenverkehr muss vor allem im ländlichen Raum wieder einen höheren Stellenwert bekommen, um allen Menschen ein effizientes öffentliches Mobilitätsangebot machen zu können. Deshalb wollen wir stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren und mit einer angemessenen Taktung ausstatten. Bahnhöfe wollen wir zu barrierefreien und vitalen Mobilitätsknotenpunkten in Verbindung mit Bushaltestellen, Park + Ride-Plätzen mit Ladestationen für die E-Mobilität, Car- und Bike-Sharing-Angeboten sowie Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten weiterentwickeln. Um auch im Fernverkehr eine echte Alternative zum Flugzeug zu sein, müssen das Schnellzug- und das Nachtzugnetz ausgeweitet bzw. aufgebaut werden.

Um den Gütertransport zu dekarbonisieren und die Autobahnen zu entlasten, wollen wir wieder mehr Güter auf der Schiene transportieren. Viele Unternehmen haben daran bereits heute ein großes Interesse, werden aber durch eine mangelhafte Infrastruktur ausgebremst. Dafür müssen die Fördermittel des Bundes deutlich

aufgestockt werden.

Insgesamt müssen insbesondere Raumordnungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen für Schienenprojekte deutlich vereinfacht werden, um unmittelbare bauliche Fortschritte erzielen zu können.

Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver machen. Die Taktung von Bussen und Bahnen soll dauerhaft erhöht werden. In Großstädten soll der 5-Minuten Takt die Regel sein, in Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in ländlichen Gebieten mindestens der 1-Stunden-Takt. Außerdem möchten wir zwischen 5 und 24 Uhr eine Mobilitätsgarantie einführen: In diesem Zeitraum sollen ÖPNV-Angebote an allen Wochentagen überall nutzbar sein. Um das zu realisieren, setzen wir neben klassischen Fahrplänen auf “On-Demand-Services” – telefonisch oder via App können so bei Bedarf beispielsweise Kleinbusse bestellt werden.

Wir kämpfen für einen ticketlosen, also komplett gebührenfreien Nahverkehr, denn Mobilität ist für uns kein privates Anliegen, das vom eigenen Geldbeutel oder Wohnort abhängt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und die Grundvoraussetzung von Teilhabe.

Als Zwischenschritt befürworten wir 365 Euro-Jahrestickets pro Bundesland und vergleichbare Modelle, die insbesondere Kindern und Jugendlichen – die zwangsläufig ohne eigenen PKW mobil sein müssen – eine adäquate und günstige Mobilitätsoption an die Hand gibt.

Kommunen wollen wir zur Finanzierung des ÖPNV eine weitere Einnahmequelle ermöglichen: Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen mit 10 oder mehr Mitarbeiter:innen. Nach dem Vorbild Frankreichs können Kommunen dann selbst entscheiden, diese Abgabe zu erheben. Auch die jeweilige Höhe wird von der Gemeinde festgelegt.

5. Industriewende

Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts verlangt eine Wirtschaftspolitik, die Betriebe wie Beschäftigte bei der Transformation unterstützt. Die Dekarbonisierung wird nur zum Erfolg, wenn auch die Energiewende gelingt, denn unsere Stromproduktion muss nicht nur klimaneutral geschehen, sondern auch für den steigenden Stromverbrauch der Industrie ausgebaut werden. Manche Industrieanlagen werden bald einen Offshore-Windpark für sich alleine brauchen. Darauf muss kluge Wirtschaftspolitik vorausschauend reagieren.

Grund für den steigenden Strombedarf ist vor allem die Nutzung von Wasserstoff als Energieträger in der Industrieproduktion. Damit dieser auch klimaneutral

erzeugt wird, wir also von “grünem Wasserstoff” sprechen können, bedarf es einer neuen Wasserstoffstrategie. Eine Wasserstoffstrategie 2.0 muss Bedarfe ehrlich erfassen, entsprechende Ziele formulieren und letztlich zu deren Umsetzung beitragen. Dabei spielen neben der Produktion auch Transport und Lagerung eine zentrale Rolle. Lange wurde der zukünftige Strombedarf zu geringgeschätzt und so wichtige Zeit verloren. Mit der Stromlüge muss nun Schluss sein und das Industrieprojekt klimaneutrales Deutschland endlich angepackt werden.

Aber auch an der Substanz der deutschen Industrie werden massive Veränderungen nötig. Mehr als die Hälfte alle energieintensiven Industrieanlagen werden neu gebaut werden müssen. Damit Industrieabwanderung vorgebeugt und Lock-In-Effekte verhindert werden können, müssen die entsprechenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Ein Mittel dafür können Klimaschutzverträge bzw. “Carbon Contracts for Difference” sein. Solche Verträge zwischen dem Bund und einem Unternehmen sorgen für Planungssicherheit, minimieren Risiken und beschleunigen den Wandel zur klimaneutralen Wirtschaft. Für Anschaffung und Betrieb klimaneutraler Technologien wird eine feste Prämie pro vermiedener Tonne CO_2-Äquivalente festgelegt, die CO_2-Vermeidungskosten gegenüber klimaschädlichen Referenzinvestitionen kompensiert. Kurzum: Klimaschutzverträge kurbeln Investitionen in klimaneutrale Industrieanlagen massiv an. Ändern sich die Rahmenbedingungen während der Vertragslaufzeit, beispielsweise durch steigende CO_2-Preise, wird der Vertrag entsprechend angepasst. Das Schließen solcher Klimaschutzverträge muss dabei an Faktoren wie dem CO_2-Vermeidungs- und Transformationspotential gemessen werden.

Doch auch mit einem Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien lässt sich ein lineares Wirtschaftssystem nicht nachhaltig betreiben. Viel mehr braucht es eine Kreislaufwirtschaft, die dem Grundsatz „Cradle To Cradle“ folgt und die Vermeidung von Abfällen durch ein konsequentes Wertstoff-Denken voranbringt: Nur wenn wir alle Materialien für Konsum und Produktion so designen, dass sie Grundlage für weiteres Wirtschaften anstatt für eine Sondermüll-Entsorgung sind, können wir die steigende Inanspruchnahme von Land, Energie und Primärrohstoffen wirksam stoppen und umkehren.

Vor allem der Bausektor spielt als größter Ressourcenverbraucher dafür eine entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb auf eine klare Vorfahrt für die Sanierung und den Erhalt von Gebäuden und eine Standortpolitik, die Infrastruktur und Menschen auch in ländlichen Räumen hält, anstatt dem Urbanisierungs-, und damit Neubauzwang, weiter folgt. Für uns ist klar: Das nachhaltigste Gebäude ist das, was schon steht!

Doch auch in Zukunft lässt sich Bauen nicht vollständig vermeiden, sodass wir hier dringend eine andere Rohstoffpolitik brauchen: Anstatt mineralische

Baustoffe wie Beton oder Stahl einzusetzen, die nur unter hohem Energieaufwand und mit dem Abbau von Rohstoffen hergestellt werden können, setzen wir auf nature-based solutions wie das Bauen mit Holz, Stroh, Hanf oder anderen nachhaltigen Bau- und Dämmstoffen. Denn diese vermeiden nicht nur Energieverbrauch und Emissionen, sondern können langfristig Kohlenstoff in sich speichern und zum Aufbau kreislauffähiger Ökosysteme beitragen.

Auch der Rückbau von Gebäuden muss viel stärker in den Mittelpunkt gerückt werden und direkt beim Neubau bedacht werden. So wollen wir gemeinsam mit dem Beantragen einer Baugenehmigung die Pflicht zur Erstellung eines Rückbauplans einführen, der eine klare Perspektive für die Weiterverwendung der in einem Gebäude eingesetzten Rohstoffe nach dem Abriss definiert und nicht-recyclingfähige Baustoffe schrittweise verbietet.

6. Finanzwende

An der Finanzierung darf ein klimaneutrales Deutschland nicht scheitern. Diese industrielle Revolution verlangt deshalb eine Finanzpolitik, die mutig anpackt. Die dafür notwendigen Mittel können Bund und Länder vielfach aus ihren Steuereinnahmen decken. Wo das nicht der Fall ist, muss sich unsere Fiskalpolitik den Anforderungen anpassen. – Die schwarze Null darf den Weg zur Klimaneutralität nicht gefährden!

Der einfachste Weg, um Mittel für Investitionen in ein klimaneutrales Deutschland zu gewinnen und gleichzeitig schon aktiv etwas für den Klimaschutz zu tun, liegt im

Abbau der klimaschädlichen staatlichen Subventionen. Allein auf Bundesebene sind das pro Jahr über 50 Milliarden Euro. Erfasst sind also genauso wenig Subventionen der Länder und Kommunen wie nicht-finanzwirksame also indirekte Subventionen beispielsweise durch Bürgschaften. Um das 1,5-Grad-Ziel zu halten, müssen alle Formen klimaschädlicher Subventionen abgebaut werden – dazu zählen insbesondere die Kerosinsteuerbefreiung, die Entfernungspauschale oder das Dieselprivileg.

Dennoch ist klar, dass die überwältigende Mehrheit der eingesetzten Mittel private Investitionen sein werden. Deshalb befürworten wir eine ambitionierte Ausgestaltung der EU-Taxonomie, die einen klaren Rechtsrahmen für nachhaltige Geldanlagen definiert.

7.Agrarwende

Der Fortbestand der landwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland und Europa ist auf dramatische Art und Weise gefährdet: Während die Landwirtschaft die Klimakrise durch CO2-, Methan-, und Lachgasemissionen weiter anheizt, ist sie

gleichzeitig wie kein anderer Sektor von den Folgen der Erderhitzung betroffen. Drei Dürresommer in Folge, Überschwemmungen, das Sinken des Grundwasserspiegels - Bäuerinnen und Bauern spüren die Auswirkungen der Klimakrise tagtäglich. Gleichzeitig hat u.a. eine einseitige Fokussierung auf den globalen Wettbewerb dazu geführt, dass auch das Geschäftsmodell des Großteils landwirtschaftlicher Betriebe nicht mehr nachhaltig ist. So ist die Zahl der Betriebe in nur 50 Jahren von 1,1 Millionen (alte BRD) auf nur noch 263.500 gesunken. Und wir verlieren weitere 2-3% unserer Betriebe - jährlich! Die Landwirtschaft befindet sich damit nicht nur in einer ökologischen, sondern auch ökonomischen und sozialen Krise. Das wollen wir ändern. Denn der Agrar- und Forstsektor ist der einzige Sektor, der sogar klimapositiv werden und damit einen herausragenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele beitragen kann!

Deshalb stellen wir uns hinter die kürzlich veröffentlichten Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft und wollen eine entschlossene Agrarwende umsetzen. Agrarsubventionen rein nach Fläche, so wie sie heute noch hauptsächlich ausgezahlt werden, müssen zügig und planbar abgeschafft werden. Stattdessen braucht es eine schrittweise vollständige Umwandlung in Zahlungen, welche die Bereitstellung und den Schutz öffentlicher Güter fördern und schützen. Unsere Landwirtschaftspolitik folgt dem Motto: Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen statt privater Gewinne! Nur auf diesem Weg wird es gelingen, die immense Ungleichverteilung öffentlicher und zumeist nicht nachhaltiger Subventionen zu stoppen und langfristig gute Einkommen für Bäuerinnen und Bauern zu sichern. Es muss erklärtes Ziel sein, die Anzahl an Betrieben wieder zu steigern, beispielsweise durch einen privilegierten Zugang zu landwirtschaftlichen Böden für Junglandwirt:innen und eine degressive Hektar-basierte Startprämie.

Wir setzen uns für faire Marktbedingungen für Landwirt:innen ein und wollen die oligopolistischen Strukturen im Lebensmittelhandel aufbrechen. Insbesondere die Förderung der Direktvermarktung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die Geringschätzung von guten und gesunden Lebensmitteln und Billigpreise müssen der Vergangenheit angehören.

Die hauptsächliche Verwendung von saisonalen, regionalen und überwiegend pflanzenbasierten, Produkten in öffentlichen Einrichtungen sollte deshalb zukünftig selbstverständlich sein.

Im Moment landet ein Drittel der Lebensmittel in Deutschland im Müll. Wir sagen: Lebensmittel sind zu gut für die Tonne! Es braucht deshalb eine Verpflichtung für den Lebensmittelhandel, noch genießbare Lebensmittel zu spenden. Das Retten dennoch weggeschmissener Nahrungsmittel (sog. Containern) muss darüber hinaus entkriminalisiert werden.

Eine starke Reduktion des Tierbestandes und des Konsums tierischer Lebensmittel,

insbesondere mindestens eine Halbierung des Fleischkonsums, ist der effektivste Weg, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. So können wir auf den Import großer Mengen an Futtermitteln, vorrangig aus Südamerika, verzichten und die Stoff- und Futterkreisläufe wieder selbst schließen. Massentierhaltung auf der einen und ein zu geringer Viehbesatz auf der anderen Seite gehören so endlich der Vergangenheit an. Wir streben einen Viehbesatz von 1-2 Großvieheinheiten (GVE) je Hektar und gleichzeitig vorrangig eine Grünlandhaltung an. Das bedeutet nicht nur eine artgerechte Haltung unseres Viehs, sondern auch den sukzessiven Aufbau neuer Grünlandflächen als artenreichste Biotope und starke Kohlenstoffsenken.
Außerdem wollen wir die Subventionen und Steuerprivilegien für die Produktion und den Vertrieb tierischer Produkte drastisch reduzieren.

Wichtig ist, die Agrarwende ganzheitlich zu denken und die globalen Folgen der deutschen und europäischen Landwirtschafts- und damit auch Handelspolitik im Blick zu haben. Eine maßgebliche Verringerung des globalen Fußabdrucks der deutschen Landwirtschaft muss durch eine fast vollständige Verwendung von regionalen Futtermitteln erzielt werden. Es braucht darüber hinaus einen Einfuhrstopp von Agrar-Produkten, die im Ausland die Umwelt zerstören und Menschenrechte verletzen. Klar ist auch: das Mercosur-Abkommen muss weiterhin verhindert werden. Die SPD muss sich mit ganzer Kraft gegen ausbeutende und neo-kolonialistische Handelspraktiken einsetzen!

Mit einer vorrangig pflanzenbasierten Ernährung ist auch eine stärkere Ausweitung des Ökolandbaus vorstellbar. Wir streben eine Ausweitung des ökologischen Landbaus auf mindestens 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis 2030 an. Durch diese Umstellung und weitere technische Anpassungen lässt sich der Einsatz mineralischer Düngemittel bis 2030 um mindestens 20% reduzieren, wodurch 80% der Lachgasemissionen vermieden werden können.

Aktiv gefördert werden muss das einzigartige Potential der Landwirtschaft, Treibhausgase in Böden und Feuchtgebieten zu speichern. Deshalb braucht es eine ganzheitliche Förderung zum nachhaltigen Humus-Aufbau und vor allem zum Wiedervernässen von Mooren. Insbesondere das Wiedervernässen als Maßnahme mit der höchsten Klimaschutzwirksamkeit ist in der aktuellen nationalen Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nicht vorgesehen - das ist inakzeptabel! In Deutschland sind 95% der Moore entwässert. Subventionen für die intensive Bewirtschaftung solcher entwässerten Feuchtgebiete müssen umgehend beendet werden. Insbesondere der Abbau von Torfflächen und die Nutzung von Torf haben einen umfangreichen Beitrag zur Klimaerwärmung, da hierbei große Mengen CO_2 frei werden. Daher muss beides in Deutschland und ganz Europa verboten werden. Durch eine entsprechende kluge und nachhaltige Behandlung von Feuchtgebieten, die lediglich 4% der deutschen landwirtschaftlichen Fläche ausmachen, könnten insgesamt 25% der landwirtschaftlichen Emissionen eingespart werden. Eine nachhaltige Bewirtschaftung kann durch Paludikuktur gelingen, also die nasse Bewirtschaftung von Mooren. Beispiele sind der Anbau von ökologischen

Bau- und Dämmstoffen, Biomasse zur Energiegewinnung oder auch Torfmoos als Torfersatzstoff.

Das Potential unserer Wälder als Kohlenstoffsenke muss gesteigert und nicht noch weiter gemindert werden. Dafür entscheidend ist auch die progressive Gestaltung der EU-Taxonomie. Es muss verhindert werden, dass das Verfeuern von Biomasse als „nachhaltig“ eingestuft wird und so falsche Anreize zur Abholzung gesetzt werden.

Ein besonderes Augenmerk muss auch auf dem Aufbau von Agroforststrukturen liegen, also der gleichzeitigen Bewirtschaftung mit Gehölzen, Acker und/oder Tieren auf einer Fläche. Denn solche Systeme können immense Vorteile haben für Bäuerinnen und Bauern (im Sinne einer Produkt- und Einkommensdiversifizierung), den ländlichen Raum (durch den Aufbau regionaler Märkte) sowie das Klima und die Biodiversität. 10% aller landwirtschaftlichen Flächen (und nicht nur des Ackerlands) müssen zum Schutz der Artenvielfalt in nicht-produktive Flächen umgewandelt werden.

Klar ist: Nicht bei allen Umwandlungen landwirtschaftlicher Flächen zu Klima- und Biodiversitätszwecken ist eine alternative Nutzung, vor allem mit demselben finanziellen Ertrag wie vor der Umwandlung, möglich. Wir fordern deshalb die Einrichtung eines "Klimaretter:innen-Fonds", welcher die finanziellen Ausfälle der Landwirt:innen kompensiert.

8. Internationale Klimapolitik

Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung, die sich nicht national lösen lässt. Nur wenn es uns gelingt, die globalen Emissionen bis 2030 um 45% im Vergleich zu 2010 zu reduzieren und bis 2050 global Klimaneutralität zu erreichen, können wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzen. Die Grundlage dafür ist die Einhaltung eines global noch verfügbaren CO_2-Budgets von 400Gt CO_2 (und Budgets für verschiedene andere Treibhausgase), das eine 67% Wahrscheinlichkeit liefert, das 1,5 Grad Ziel einzuhalten. – Das ist angesichts von gut 36Gt globalem CO_2-Ausstoß pro Jahr sehr wenig, aber mit ambitionierten Klimaschutzmaßanahmen einhaltbar.

Im Pariser Abkommen bekennen sich alle Staaten dazu, dieses Ziel zu erreichen. Dafür haben sie einen klaren Mechanismus festgelegt: Statt von Anfang an verpflichtende Emissionsminderungen für jedes Land festzulegen, geben die Staaten sich selbst Ziele („NDCs“), mit der Maßgabe, sie alle fünf Jahre zu verschärfen. Doch nicht alle Staaten kommen dieser Verpflichtung in ausreichender Weise nach, sodass die Welt laut einer aktuellen Analyse der Vereinten Nation bis zum Ende des Jahrhunderts immer noch auf 2,7 Grad Erderwärmung zusteuert.

Um mehr Verbindlichkeit in der globalen Klimapolitik zu erreichen, hat Olaf Scholz die Gründung eines Klimaclubs vorgeschlagen. In diesem Club schließen sich Staaten mit gemeinsamen Klimaschutzambitionen, um einheitliche Wettbewerbsbedingungen für eine klimaneutrale Umgestaltung der Industrie zu schaffen und so das Race To The Bottom bei Umweltschutzstandards zu beenden.

Die Vereinbarungen innerhalb eines solchen Klimaclubs sollten insbesondere umfassen:

- gesetzlich festgeschriebene ambitionierte Zwischenziele zur Emissionsminderung in den teilnehmenden Staaten und eine Verpflichtung zur Klimaneutralität bis spätestens 2050
- ein gemeinsames Emissionshandelssystem
- verbindliche Standards für die umweltverträgliche Förderung von Rohstoffen und den Umgang mit sensiblen Ökosystemen, insbesondere Regenwäldern, Grünland, Mangroven und Meeren
- eine Kooperation im Bereich von Zukunftstechnologien, insbesondere zur Herstellung von grünem Wasserstoff, zu Energiespeichern sowie zur Nutzung und Abscheidung von Kohlenstoff (CCUS-Technologien)

Die Klimakrise hat aber auch eine historische Dimension. Denn die Staaten, die bereits heute am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, haben in der Vergangenheit die geringsten Emissionen gehabt. Deshalb ist ein Kernbestandteil der jährlichen Klimaverhandlungen die Unterstützung ärmerer Staaten bei Klimaschutz und Klimaanpassung. Dafür haben die entwickelten Länder ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar verbindlich zugesichert, ohne jedoch diese Zusage einzuhalten. Deutschland muss als historisch viertgrößter Emittent von Treibhausgasen seiner Verpflichtung nachkommen und seinen Beitrag zur globalen Klimafinanzierung nochmals aufstocken.

Ebenso liegt es in der historischen Verantwortung Deutschlands, möglichst schnell Klimaneutralität zu erreichen und damit nicht weiter zur Aufzehrung des globalen Treibhausgasbudgets beizutragen. Unser Ziel ist ein klimaneutrales Deutschland bis 2035.

Begründung

Erfolgt mündlich.